

Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
Kanzlei der Bürgerschaft

17.05.2010

**Niederschrift des öffentlichen Teiles der 7. Sitzung**  
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 17. Mai 2010

Beginn : 18:00 Uhr  
Ende : 22:45 Uhr  
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

**Anwesend :**

- Dr. Gerhard Bartels
- Ursula Behrendt
- Ulrike Berger
- Norbert Braun
- Ulf Burmeister
- Erich Cymek
- Rudi Duschek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Prof. Dr. Frank Hardtke
- Klaus Heiden
- Marion Heinrich
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Jörn Kasbohm
- Dr. Andreas Kerath
- Edda Krille
- Christian Kruse
- Angela Leddin
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Franz-Robert Liskow
- Prof. Dr. Manfred J. Matschke
- Dr. Thomas Meyer
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Christian Pegel
- Christian Radicke
- Sebastian Ratjen
- Anja Reuhl
- Karl-Dieter Schmidt
- Dr. Mignon Schwenke
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Mechthild Thonack
- Alexa Worm
- Ingo Ziola

**Entschuldigt :**

- Dr. Ullrich Bittner
- Dr. Lüer Kühne
- Dirk Littmann

**Tagesordnung**

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. Information über das Bürgergutachten zur "Kommunalen Klima und Energiepolitik" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
**Dez. II, Amt 60**
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Bestellung der Mitglieder des Seniorenbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Wahlperiode 2010-2015  
**Dez. III, Gleichstellungsbeauftragte** B138-07/10
- 6.2. Umbesetzung Jugendhilfeausschuss  
**CDU-Fraktion** B139-07/10
- 6.23. Berufung des 1. Stellvertreters des Mitglieds im Jugendhilfeausschuss für die FDP-Fraktion  
**FDP-Fraktion** B140-07/10
- 6.25. Besetzung OTV Schönwalde II  
**Bürgerliste Greifswald** B141-07/10
- 6.19. Einsetzung eines zeitweiligen Ausschusses zum Bauvorhaben „Technisches Rathaus“  
**Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, SPD-Fraktion** B142-07/10
- 6.20. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Technisches Rathaus“  
**SPD-Fraktion, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen** B143-07/10
- 6.21. Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Thema Umbau des technischen Rathauses  
**CDU-Fraktion**
- 6.22. Einsetzung eines zeitweiligen Ausschusses zur Abfallproblematik  
**SPD-Fraktion** B144-07/10
- 6.24. Mietvertragsverlängerung Haus der Begegnung – Behindertenforum Greifswald e.V.  
**SPD-Fraktion** B145-07/10
- 6.3. 2. Änderung zur Benutzungs- und Entgeltordnung der Volkshochschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
**Dez. III, Amt 41** B146-07/10
- 6.4. Entgelte für das Strandbad  
**STZ** B147-07/10
- 6.5. ISEK-Teilfortschreibung: Bevölkerungs- und Wohnraumnachfrageprognose  
**Dez. II, Amt 60** B148-07/10
- 6.6. Aufnahme von Verhandlungen über eine Gebietsänderung mit der Gemeinde Wackerow  
**Oberbürgermeister** B149-07/10
- 6.7. Investitionen der WVG in Riems  
**SPD-Fraktion**
- 6.8. Mixed Martial Arts  
**SPD-, CDU-, FDP-Fraktion** B150-07/10
- 6.9. Abgrenzung bezüglich EDV-Betreuung an Schulen  
**SPD-Fraktion**
- 6.10. Ankauf des Philipp-Müller-Stadions  
**SPD-, CDU- FDP-, Linksfraktion** B151-07/10
- 6.11. Verkehrskonzept Campus Beitz-Platz  
**SPD-Fraktion** B152-07/10
- 6.12. Standort für das Kultur- und Bürgerhaus in Greifswald  
**Fraktionen SPD, Die Linke, B90/Grünen** B153-07/10
- 6.13. Grundlegende Überprüfung des Schulnetzes und Vornahme geeigneter Veränderungen  
**FDP- und CDU-Fraktion** B154-07/10

- |       |   |            |
|-------|---|------------|
| 6.14. | Maßnahmen gegen unerlaubten Kfz-Verkehr in der Fußgängerzone<br><i>Bündnis 90 / Die Grünen</i>  | B155-07/10 |
| 6.15. | Ausweisung der Steinbeckerstraße als Fußgängerzone<br><i>Bündnis 90 / Die Grünen</i>  |            |
| 6.16. | Vorübergehende Aussetzung von Sanktionen der ARGE<br><i>Bündnis 90 / Die Grünen</i>   | B156-07/10 |
| 6.17. | Umschuldung bzw. Prolongation von drei Darlehen mit einer Darlehenssumme in Höhe von insgesamt 8.445.144,46 EUR<br><i>Dez. I , Amt 20</i>   | B157-07/10 |
| 6.18. | Gleichstellungsplan für Frauen und Männer, die in der Stadtverwaltung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschäftigt sind<br><i>Dez. III, Gleichstellungsbeauftragte</i> |            |
| 7.    | Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt   |            |
| 8.    | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft   |            |
| 9.    | Mitteilungen des Präsidenten  |            |
| 10.   | Bestätigung der Niederschrift vom 12.04.2010  |            |
| 11.   | Schluss der Sitzung   |            |

**Auf die Frage des Präsidenten, ob es Einwände gegen Film- und Fotoaufnahmen gibt, erfolgt kein Widerspruch.**

**Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit**

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die 7. Sitzung der Bürgerschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit zunächst 39 anwesenden von 43 Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König, und sein Stellvertreter, Herr Dembski, sowie der kommissarische Leiter des Dezernates II, Herr Hochheim, sind anwesend.

**Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Der Präsident informiert über das Vorliegen mehrerer Tischvorlagen.

Als **TOP 6.19** soll die „Einsetzung eines zeitweiligen Ausschusses zum Bauvorhaben „Technisches Rathaus“ von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SPD-Fraktion nach TOP 6.2 behandelt werden.

Als **TOP 6.20** soll die „Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Technisches Rathaus“ von SPD-Fraktion, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen“ nach TOP 6.2 behandelt werden.

TOP 6.21 zur „Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Thema Umbau des technischen Rathauses von der CDU-Fraktion wird zurückgezogen.

Als **TOP 6.22** soll die „Einsetzung eines zeitweiligen Ausschusses zur Abfallproblematik“ von der SPD-Fraktion behandelt werden.

Als **TOP 6.23** soll nach TOP 6.2 die „Berufung des 1. Stellvertreters des Mitglieds im Jugendhilfeausschuss für die FDP-Fraktion“ von der FDP-Fraktion behandelt werden.

Aus der nichtöffentlichen Sitzung soll als **TOP 6.24** die „Mietvertragsverlängerung Haus der Begegnung – Behindertenforum Greifswald e.V.“ von der SPD-Fraktion behandelt werden.

Die Tagesordnungspunkte 6.7 „Investitionen der WVG in Riems“ und 6.9 „Abgrenzung bezüglich EDV-Betreuung an Schulen“ werden von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

Als **TOP 6.25** soll zur „Besetzung OTV Schönwalde II“ eine Vorlage der Bürgerliste nach TOP 6.2 behandelt werden.

TOP 6.15 „Ausweisung der Steinbeckerstraße als Fußgängerzone“ wird von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurückgezogen.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, lässt der Präsident über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 1 Gegenstimme mehrheitlich beschlossen

### **Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner**

Herr E. Eich:

Herr Eich spricht im Namen der Ortsteilvertretung und der Bürgerinitiative zum Hafen Ladebow. Er trägt seine schriftlichen Ausführungen vor, damit ihm niemand hinterher wieder das Wort umdrehen kann. Diese Ausführungen liegen in der Kanzlei der Bürgerschaft vor.

Daraufhin nimmt Herr Liskow Stellung, die eigentlich unter Mitteilungen vorgesehen waren. Herr Liskow ist beauftragt worden, für die Delegation Stellung zu nehmen. In Schwerin wurde definitiv erklärt, wenn eine Umwidmung des Hafens vorgenommen wird, die Fördergelder zurückzuzahlen sind. In Greifswald werde definitiv keine Marina gefördert. Das maritime Tourismus-Konzept liegt in der Stadtverwaltung vor und wird den Mitgliedern der Bürgerschaft elektronisch zur Verfügung gestellt.

Um die Ergebnisse der Beratung im Wirtschaftsministerium in Schwerin auszuwerten, sollte sich die Bürgerinitiative mit der Arbeitsgruppe „Hafen Ladebow“ und der Bürgerschaft zusammensetzen.

Herr Hochheim ergänzt die Ausführungen von Herrn Liskow.

Es handelt sich um

Herr Dr. Heymel:

Herr Dr. Heymel spricht zum selben Thema, zum „Hafen Ladebow“ und schlägt der Bürgerschaft vor, auch hier einen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

Frau Tatjana Kennedy:

Stellvertretend für die grüne Hochschulgruppe spricht sie das Thema der Fahrradstellplätze vor dem Bahnhofsvorplatz an und übergibt dem Präsidenten eine Unterschriftensammlung der Studenten.

Herr Kaiser nimmt kurz Stellung zum angesprochenen Thema.

Die Planungen sehen 216 Fahrradstellplätze und 16 Fahrradboxen vor, die ausreichend für einen Bahnhofsvorplatz erscheinen. Er bietet den Studenten an, sich die Planungen im Stadtbauamt erläutern zu lassen.

Herr Mähl:

- zum Stadtgraben

Herr Mähl hat sich mit einem Schreiben über den Zustand des Stadtgrabens an die Fraktionen der Bürgerschaft gewandt, um noch einmal auf die Problematik aufmerksam zu machen und die Bürgerschaft zu bitten, Abhilfe zu schaffen.

Dieser Brief liegt auch dem Präsidenten der Bürgerschaft vor.

Er gibt umfangreiche Erläuterungen. Herr Mähl weist darauf hin, man solle sich direkt an den zuständigen Sachbearbeiter wenden, der die Problematik bearbeitet und kennt, wenn man sachkundige Antworten erwartet.

Herr Liskow schlägt vor, diese Problematik im Bauausschuss zusammen mit der Verwaltung zu behandeln.

Für Herrn Liedtke sei die Angelegenheit zuständigkeitshalber im Abwasserwerk anzubringen.

**Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen**

Die CDU-Fraktion hat sich mit einer schriftlichen Anfrage an Senator Dembski gewandt, die Knopfstraße in die Erarbeitung der Markt- und Gebührensatzung einzubeziehen.

Der Senator erläutert, dass der Standort senatsübergreifend durch verschiedene beteiligte Ämter überprüft wurde. Im Ergebnis ist noch einmal ein Plan erstellt worden, wo Stellflächen möglich wären. Das Problem ist aber, dass die Gebäude im Notfall nicht über einen zweiten Rettungsweg erreicht werden können, d.h. Standflächen vor den Gebäuden freigehalten werden müssen.

Mit den Markthändlern gab es diesbezüglich auch Gespräche, die diesen Standort abgelehnt haben und lieber die Flächen vor der Mensa nutzen möchten. Die Verwaltung hält es aus brandschutzrechtlicher Sicht nicht für sinnvoll, die Knopfstraße in die Marktsatzung aufzunehmen.

Der Senator hat keine Einwände gegen eine Akteneinsicht.

**Zu TOP: 5 Information über das Bürgergutachten zur "Kommunalen Klima und Energiepolitik" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
Dez. II, Amt 60**

Für die Verwaltung führt Herr Hildebrandt von der Umweltabteilung in das Thema ein. Das Bürgergutachten liegt allen Bürgerschaftsmitgliedern vor und wurde auf einer Informationsveranstaltung am 14.03.2010 erläutert.

Die gezeigte Präsentation in Form von Folien liegt in der Kanzlei der Bürgerschaft vor.

Zwei Mitarbeiter der Projektgruppe (Herr Schwalbe und Herr Ludemann) nehmen die Gelegenheit wahr, den Bürgerschaftsmitgliedern ergänzende Informationen zum Klimakonzept zu geben.

**Zu TOP: 6 Diskussion von Beschlussvorlagen****Zu TOP: 6.1 Bestellung der Mitglieder des Seniorenbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Wahlperiode 2010-2015  
B138-07/10**

Der Präsident stellt fest, dass zu diesem Zeitpunkt 40 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestellt die nachstehenden Mitglieder in den Seniorenbeirat der Universitäts- und Hansestadt Greifswald:

Dr. Volker Arnold	DRK
Elke Schröder	dfb e.V. Greifswald
Prof. Dr. Julia Männchen	Einzelkandidatin
Günter Eggebrecht	FFW
Christiane Sitterlee	Club 55 Plus
Dr. Berndt Frisch	Sozialverband Deutschland ( Vorsitzender)
Herald Sieting	Transnet GdED
Rita Ballin	Einzelkandidatin
Leonhard Bienert	EWN Senioren
Hans Georg Kantorek	IG BCE
Maria Morning	Propstgemeinde St. Joseph
Holm Collatz	Kirchenkreis d. Pommerschen evang. Kirche
Emmy Arndt	Ver.di
Rosemarie Mocher	Behinderten-/Seniorensportverein
Ursula Hörhager	Einzelkandidatin
Elisabeth Kühne	Seniorenunion der CDU
Regina Werner	Bürgerhafen
Jürgen Izegehl	AWO
Klaus-Dieter Krause	IG Bau
Dieter Krohn	Volkssolidarität
Pro. Dr. Helmut Nestler	Gemeinschaft emeritierter /i.R. befindl. Hochschullehr
Dr. Regina Kötzschke	Seniorenakademie
Horst Frike	Einzelkandidat
Eva Marie Hensel	Seniorenrat WGG
Dr. Ernst-Joachim Krüger	AG Senioren Die Linke

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 6.2 Umbesetzung Jugendhilfeausschuss**  
B139-07/10

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neuer Stellvertreter im Jugendhilfeausschuss wird Herr Konrad Ulbrich statt Herr Marcus Strömich ernannt.

Als weiterer Stellvertreter im Jugendhilfeausschuss wird Herr Franz Küntzel ernannt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 6.23 Berufung des 1. Stellvertreters des Mitglieds im Jugendhilfeausschuss für die FDP-Fraktion**  
B140-07/10

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Herr Roman Krenzin wird als erster Stellvertreter des Mitglieds des Jugendhilfeausschusses für die FDP-Fraktion berufen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 6.25 Besetzung OTV Schönwalde II**  
B141-07/10

Da dieser Beschlussvorschlag nicht schriftlich ausgereicht wurde, erläutert Herr Dr. Meyer den Bürgerschaftsmitgliedern, dass Herr Burmeister aus der Ortsteilvertretung ausscheiden wird, weil er dort nicht wohnt und Herr Amling als Vertreter der Bürgerliste nachrutscht.

Der Beschlussvorschlag wird per Videowand vorgestellt.

Der Präsident lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Herr René Amling wird als Vertreter der Bürgerliste in die Ortsteilvertretung Schönwalde II gewählt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 6.19 Einsetzung eines zeitweiligen Ausschusses zum Bauvorhaben  
„Technisches Rathaus“**  
B142-07/10

Herr Dr. Fassbinder bringt die Tischvorlage ein und nimmt die Begründung vor. Im Rahmen dieser Erläuterungen nimmt er kleine redaktionelle Änderungen vor. Anstelle 12 Mitglieder sollen 13 Mitglieder gewählt werden.

Im Rahmen der Diskussion beantragt Herr Hochschild im Namen der CDU-Fraktion, dass angesichts der Haushaltssituation und da es intakt arbeitende Ausschüsse gibt, für diesen zeitweiligen Ausschuss kein Sitzungsgeld gezahlt werden soll.

Herr Dr. Bartels nimmt Stellung zum Skandal um das Millionenloch für das Postgebäude. Das Mindeste hätte sein müssen, dass der Oberbürgermeister die Bürgerschaft über die Kostenexplosion informiert. In jedem Fall sei der Oberbürgermeister als Verwaltungschef politisch verantwortlich und er sollte die Bürgerschaft über seine Schlussfolgerungen unterrichten.

Der Begleitausschuss muss unbedingt gewählt werden und nicht irgendeine Arbeitsgruppe. Auch der Untersuchungsausschuss wird gebraucht, um zutage zu bringen, wie es zu dieser Situation der Kostenexplosion gekommen ist.

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Herr Dr. Meyer, dass die Anträge ohne Debatte zur Abstimmung gestellt werden, weil die Ausschüsse die Debatte und die Sacharbeit erst leisten sollen. Geklärt werden muss allerdings, wieviele Mitglieder in diesen Ausschuss gewählt werden sollen und wie das Wahlverfahren ablaufen soll. Dieser Antrag soll für alle drei zu installierenden Ausschüsse gelten.

Gegen diesen Antrag spricht Frau Heinrich.

Der Präsident stellt den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Meyer zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** bei 16 Ja-Stimmen, 24 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt

Nach einigen weiteren Wortmeldungen zur Installation dieser zeitweiligen Ausschüsse von Herrn Ratjen, Herrn Liedtke, Herrn Hoebel, Herrn Braun, Herrn Dr. Kerath und Herrn Dr. Bartels schlägt Herr Liskow vor, keine Einzelabstimmung vorzunehmen, sondern eine Listenwahl über 13 Mitglieder durchzuführen und im Block abzustimmen.

Das bedeutet für die CDU-Fraktion	4 Mitglieder
Die Linke	3 Mitglieder
SPD-Fraktion	2 Mitglieder
ZG/Bündnis 90/Die Grünen	2 Mitglieder
Bürgerliste	1 Mitglied und
FDP-Fraktion	1 Mitglied.

#### **- keine Widerspruch**

Herr Prof. Joecks schlägt vor, zunächst den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Sitzungsgeld abzustimmen.

Herr Liskow stellt den Antrag der CDU-Fraktion, kein Sitzungsgeld für den Untersuchungsausschuss und den zeitweiligen Begleitausschuss zu zahlen, zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** bei 12 Ja-Stimmen, 21 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen abgelehnt

Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerkt der Präsident, dass sich die Höhe des Sitzungsgeldes entsprechend Hauptsatzung gestaltet.

Herr Liskow bittet die Fraktionen die Namen zu nennen, um sie an der Videowand für alle sichtbar zu machen.

Damit lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt gemäß GO der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald § 18 (6) die Einsetzung eines zeitweiligen Ausschusses zum Bauvorhaben „Technisches Rathaus“.

Der Ausschuss wird von den zuständigen Stellen der Stadtverwaltung und der beauftragten BauBeCon zeitnah und umfassend über alle Vorgänge, die mit den Bau- und Umbaumaßnahmen an der Alten Post zum Technischen Rathaus zusammenhängen, informiert.

Der Ausschuss hat die Aufgabe, der Bürgerschaft Vorschläge für das weitere Vorgehen einschließlich möglicher Alternativen zum Postumbau zu unterbreiten sowie sämtliche Maßnahmen beratend und kontrollierend zu begleiten. Der Ausschuss besteht aus 13 Mitgliedern, die von den Fraktionen der Bürgerschaft entsandt werden. Der Ausschuss wählt aus seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden.

Die Mitglieder des zeitweiligen Ausschusses erhalten Sitzungsgeld gemäß der Teilnahme an regulären Ausschusssitzungen entsprechend Hauptsatzung § 17.

Dem Ausschuss gehören an:

CDU-Fraktion	Jürgen Liedtke Erich Cymek Christian Kruse Franz-Robert Liskow
Fraktion Die Linke	Edda Krille Yvonne Görs Dr. Jörn Kasbohm

SPD-Fraktion	Dr. Andreas Kerath Norbert Braun
Fraktion B90/ Die Grünen	Bettina Bruns Anja Reuhl
Fraktion Bürgerliste FDP-Fraktion	Gerhard Meyersieck Torsten Hoebel

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 6.20 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Technisches Rathaus“  
B143-07/10**

Herr Liskow weist darauf hin, dass der Satz, dass der Ausschuss aus seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden wählt, für den Untersuchungsausschuss entsprechend Geschäftsordnung gestrichen wird.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald beschließt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 18 Absatz 5 der Geschäftsordnung. Gegenstand der Untersuchung soll die Kostenentwicklung beim sog. Technischen Rathaus sein.

Der Ausschuss besteht aus 13 Mitgliedern, die von den Fraktionen der Bürgerschaft entsandt werden.

Die Mitglieder des zeitweiligen Ausschusses erhalten Sitzungsgeld gemäß der Teilnahme an regulären Ausschusssitzungen entsprechend Hauptsatzung § 17.

Dem Ausschuss gehören an:

CDU-Fraktion	Axel Hochschild Prof. Dr. Frank Hardtke Thomas Mundt Mechthild Thonack
Fraktion Die Linke	Dr. Gerhard Bartels Peter Multhauf Marion Heinrich
SPD-Fraktion	Prof. Wolfgang Joecks Karl-Dieter Schmidt
Fraktion B90/ Die Grünen	Dr. Ullrich Bittner Dr. Ulrich Rose
Fraktion Bürgerliste FDP-Fraktion	Ludwig Spring Torsten Hoebel

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 6.21 Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Thema Umbau des technischen Rathauses**

- zurückgezogen

**Zu TOP: 6.22 Einsetzung eines zeitweiligen Ausschusses zur Abfallproblematik  
B144-07/10**

Herr Dr. Kerath bringt die Vorlage der SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen ein und nimmt die Begründung vor. Die Arbeitsgruppe „Abfall“ soll so, wie es die

Geschäftsordnung vorsieht, als zeitweiliger Ausschuss wieder ins Leben gerufen werden und begleitend zu den anderen Fachausschüssen der Bürgerschaft arbeiten.

Im Rahmen der Diskussion regt Herr Spring an, für alle drei Ausschüsse Stellvertreter zu wählen, um die Arbeitsfähigkeit der zeitweiligen Ausschüsse zu gewährleisten.

Daraufhin erklärt der Präsident, dass zur Wahl von Stellvertretern keine Beschlussvorlage vorgelegt wurde. Darüber muss sich die Bürgerschaft zu einem anderen Zeitpunkt verständigen.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Hochschild, dass sich seine Fraktion gegen die Einrichtung eines zeitweiligen Ausschusses zur Abfallproblematik ausspricht. Bei der Beschlussfassung der Satzung hat sich die Bürgerschaft verständigt, die alte Arbeitsgruppe zu aktivieren. Anhand der namentlichen Abstimmung ist nachzuvollziehen, wer das Chaos mit dem Grünschnitt zu verantworten hat. Deshalb sollte sich auch die alte Arbeitsgruppe mit der Thematik beschäftigen.

Mit seinem Redebeitrag regt Herr Multhaus unter anderem an, die Frage der Vertreter der Ortsteilvertretungen zu konkretisieren, weil es in Greifswald acht Ortsteilvertretungen gibt.

Herr Pegel erklärt noch einmal, dass die Einbringer 12 Mitglieder zugrundegelegt haben und versucht wurde, die Ortsteilvertretungen, die Wohnungsgesellschaften und „Haus und Grund“ zu berücksichtigen.

Der Präsident konkretisiert, dass die Bürgerschaft die Namen wählen muss. Sollte es heute nicht möglich sein, dann zu einem späteren Zeitpunkt. Sie werden auch dann erst Mitglied, wenn sie gewählt sind.

Nach weiteren Fragen und Bemerkungen stellt Herr Dr. Steffens den Antrag entsprechend Geschäftsordnung, weil offensichtlich noch offene Fragen zu klären sind, die Vorlage in die nächste Bürgerschaftssitzung zu vertagen.

Der Präsident lässt darüber abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 14 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

Herr Hoebel schlägt vor, den zeitweiligen Ausschuss in der Zusammensetzung der alten Arbeitsgruppe einzusetzen.

Im Rahmen der Diskussion schlägt Herr Multhaus vor, dass diesem Ausschuss 13 Mitglieder angehören sollen, wovon 3 Ortsteilvertreter (SW I/Südstadt, SW II, OV) sein sollen, 2 Vertreter von Wohnungsgesellschaften und 1 Vertreter von „Haus und Grund“.

Herr Liskow schlägt vor, eine Pause zu machen, in der sich die Fraktionen noch einmal verständigen, um heute einen Beschluss zu fassen, damit es zu einem arbeitsfähigen Ausschuss kommt.

**Pause von 19:47 Uhr bis 20:00 Uhr**

Herr Dr. Kerath teilt mit, dass sich die Einbringer verständigt haben und schlägt für den zeitweiligen Ausschusses zur Abfallproblematik folgende Zusammensetzung für die 12 Mitglieder vor:

- 7 Vertreter der Mitglieder der Bürgerschaft
- 2 Vertreter der Wohnungsgesellschaften
- 2 Vertreter der Ortsteilvertretungen und
- 1 Vertreter von „Haus und Grund“

Herr Liskow lässt darüber abstimmen, ob der Satz, dass Sitzungsgeld für die Sitzungen dieses zeitweiligen Ausschusses gezahlt werden soll, gestrichen wird.

**Abstimmungsergebnis:** bei 12 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

Daraufhin lässt der Präsident über folgende Beschlussvorlage mit der an der Videowand präsentierten Zusammensetzung abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald beschließt die Einsetzung eines zeitweiligen Ausschusses gemäß § 18 Absatz 6 der Geschäftsordnung. Gegenstand der Untersuchung soll die Abfallproblematik sein.

Der Ausschuss besteht aus 12 Mitgliedern. Ihm gehören ein Vertreter jeder Bürgerschaftsfraktion sowie ein Vertreter der Freien Wähler an. Hinzu kommen Vertreter der Ortsteilvertretungen sowie der Wohnungsbaugesellschaften.

Die Mitglieder des zeitweiligen Ausschusses erhalten Sitzungsgeld gemäß der Teilnahme an regulären Ausschusssitzungen entsprechend Hauptsatzung § 17.

Dem Ausschuss gehören an:

CDU-Fraktion	Jürgen Liedtke
Fraktion Die Linke	Rudi Duschek
SPD-Fraktion	Dirk Littmann
Fraktion B90/ Die Grünen	Klaus Leupold
Fraktion Bürgerliste	Dr. Thomas Meyer
FDP-Fraktion	André Bleckmann
Freie Wähler	Klaus Heiden
WVG mbH	n. n.
WGG e. G.	n. n.
OTV	n. n.
OTV	n. n.
„Haus und Grund“	n. n.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und  
1 Stimmenthaltung beschlossen

**Zu TOP: 6,24 Mietvertragsverlängerung Haus der Begegnung – Behindertenforum Greifswald e.V.**  
B145-07/10

Für die SPD-Fraktion bringt Herr Schmidt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor. Die SPD-Fraktion möchte, dass dem Verein ein unbefristeter Mietvertrag angeboten wird.

Herr Dr. Steffens unterstützt für die CDU-Fraktion, dem Behindertenforum einen Mietvertrag anzubieten. Mit dem Abschluss eines langfristig befristeten Vertrag würde jedoch mehr Sicherheit bestehen. Mit der bevorstehenden

Kreisgebietsreform könnte der Einfluss der Stadt verloren gehen. Einen unbefristeten Vertrag könnte man jederzeit kündigen.

Für den Sozialausschuss gibt Herr Duschek die Stellungnahme ab. Im Rahmen seiner Ausführungen schlägt er vor, dass es zweckmäßig wäre, einen Koordinator mit Geschäftsführerteilaufgaben einzusetzen.

Herr Hoebel findet es gerecht, dass der Verein eine gewisse Eigenbeteiligung leisten soll. Deshalb stellt er den Änderungsantrag, in den Beschlusstext „**mit Eigenanteil**“ aufzunehmen. Die Verwaltung möge prüfen, wie hoch die Nebenkosten tatsächlich sind.

Herr Dr. Fassbinder teilt mit, dass seine Fraktion mit diesem Vorschlag, der im Sinne der Budgettierung gedacht ist, leben kann. Dieser sollte in der Haushaltsdebatte diskutiert werden.

Auf die Frage des Präsidenten, ob der Beschluss heute unbedingt gefasst werden muss, antwortet Herr Dembski, dass der bestehende Vertrag bis 31.07.2011 läuft. Die Zusammenhänge mit der Kreisgebietsreform teilt der Senator nicht.

Derzeit haben die zuständigen Fachämter den Auftrag, einen Vorschlag für den Mietvertrag zu erarbeiten. Bevor dieser Vertrag geschlossen wird, kann er auch der Bürgerschaft noch einmal vorgelegt werden.

Der Präsident bittet die Mitglieder der Bürgerschaft, im Beschlussvorschlag „unbefristet“ zu streichen und hinter „... nach Zuschusses **mit Eigenanteil** nach Maßgabe ...“ einzufügen.

#### **- kein Widerspruch**

Daraufhin lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald beschließt, dass mit dem Behindertenforum Greifswald e.V. für das Haus der Begegnung im Trelleborger Weg ein Mietvertrag abgeschlossen wird. Es soll zukünftig eine Vermietung zu marktüblichen Bedingungen bei gleichzeitiger Zusage eines Zuschusses mit Eigenanteil nach Maßgabe der Begründung dieses Beschlusses erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

**Um 20:15 Uhr übernimmt Herr Prof. Joecks die Sitzungsleitung.**

#### **Zu TOP: 6.3 2. Änderung zur Benutzungs- und Entgeltordnung der Volkshochschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B146-07/10**

Die Leiterin der Volkshochschule, Frau Boback-Askri, bringt die Vorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Frau Heinrich weist im Rahmen der Diskussion hin, dass darauf zu achten ist, dass bei allen Zwängen der Kosten die Angebote so sein müssen, dass sie noch angenommen werden können. Da Bildung unser wichtigstes Gut ist, dürfen die Kosten nicht so doll steigern, dass sie für die Bürger nicht mehr finanzierbar sind.

Nach einigen ähnlichen Bemerkungen lässt Herr Prof. Joecks über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 2. Änderung zur Benutzungs- und Entgeltordnung der Volkshochschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 6.4 Entgelte für das Strandbad**  
B147-07/10

Herrn Prof. Joecks ist beim Entgelttarif aufgefallen, dass in den Aufzählungen bei Einzeltageskarten, bei Zeitkarten und bei Saisonkarten „Schüler“ fehlen und aufgenommen werden sollten. Dasselbe muss in der Ordnung unter § 4 Abs. 2. erfolgen.

**- kein Widerspruch**

Frau Socher erläutert für die Linksfraktion anhand einer Präsentation den Änderungsantrag ihrer Fraktion, keine Entgelte für den Eintritt in das Strandbad zu erheben. Diese Präsentation liegt in der Kanzlei der Bürgerschaft vor. Als mögliche Deckungsquelle schlägt sie den Kultur- und Sozialpass vor. Sollte der Vorschlag, kein Entgelt zu erheben, keine Mehrheit finden, schlägt sie vor, die Vorlage in die Fachausschüsse zurückzuverweisen.

Herr Multhauf hat noch Ergänzungen und stellt deshalb den Antrag, nicht nur die Schüler, sondern auch KUS-Inhaber unter 2. des § 4 und im Entgelttarif aufzunehmen. Außerdem beantragt er, in der Entgeltordnung im § 4 ein Punkt 4. aufzunehmen, dass Greifswalder Schulklassen, Hort- und Kindergartengruppen in Begleitung von Lehrern/Erziehern in der Schulzeit freien Eintritt haben.

Frau Teetz von der Beteiligungsverwaltung gibt Erläuterungen zu den zuvor gemachten Ausführungen. Das Strandbad kann nur durch die Einnahmen und durch Unterstützung der Stadt funktionieren. Das Strandbad hat keine Rücklagen, wovon das Strandbad bezuschusst werden kann.

Nach einigen weiteren Bemerkungen und Hinweisen im Rahmen der Diskussion schlagen bzw. beantragen Herr Dr. Fassbinder und Frau Socher den Rückverweis in die Fachausschüsse vor.

Herr Wille, kommissarischer Leiter des Amtes für (20) Wirtschaft und Finanzen, erklärt, dass der KUS als Deckungsquelle, wie es Frau Socher vorgeschlagen hat, auf keinen Fall funktioniert.

Herr Prof. Joecks lässt über den Antrag der Linksfraktion auf Rückverweis in die Fachausschüsse abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

Danach stellt Herr Prof. Joecks den Antrag von Herrn Multhauf, im § 4 Abs. 2 die KUS-Inhaber aufzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 17 Ja-Stimmen und 13 Gegenstimmen beschlossen

Herr Multhauf hat den Antrag gestellt, den § 4 um folgenden Punkt 4. zu ergänzen: Greifswalder Schulklassen, Hort- und Kindergartengruppen haben in Begleitung von Lehrern/Erziehern in der Schulzeit freien Eintritt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 10 Ja-Stimmen und 20 Gegenstimmen  
mehrheitlich abgelehnt

Herr Prof. Joecks lässt darüber abstimmen, im Punkt 2. des § 4 und im Entgelttarif die Schüler aufzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

Damit stellt Herr Prof. Joecks über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Entgeltordnung mit Entgelttarif für das Strandbad (Anlage1), die ab der Saison 2010 während der Öffnungszeiten gelten soll.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und einigen  
Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 6.5 ISEK-Teilfortschreibung:  
Bevölkerungs- und Wohnraumnachfrageprognose  
B148-07/10**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Teilfortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes 2005 bestehend aus

- Bevölkerungsprognose 2009 bis 2020 und
- Haushalts- und Wohnraumnachfrageprognose bis 2020.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen  
beschlossen

**Zu TOP: 6.6 Aufnahme von Verhandlungen über eine Gebietsänderung mit der  
Gemeinde Wackerow  
B149-07/10**

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und nimmt die Begründung vor. Dabei erläutert er unter anderem, dass die Initiative zur Eingemeindung von Wackerow ausgeht.

Nach einigen Wortmeldungen und Hinweisen von Herrn Dr. Bartels, Herrn Dr. Fassbinder, Herrn Kruse, Frau Socher und Herrn Multhauf stellt Herr Prof. Joecks den folgenden Beschluss in unveränderter Form zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bekräftigt ihren Beschluss vom 22.09.2003 zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Gemeinde Wackerow über einen Gebietsänderungsvertrag.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, gemeinsam mit dem Bürgermeister der Gemeinde Wackerow beim Innenministerium des Landes Mecklenburg-

Vorpommern die Erfolgsaussichten einer Fusion der Gemeinde Wackerow mit der Universitäts- und Hansestadt prüfen zu lassen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 6.7 Investitionen der WVG in Riems**

- vom Einbringer zurückgezogen

**Zu TOP: 6.8 Mixed Martial Arts**  
B150-07/10

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion erfolgt durch Herrn Prof. Hardtke.

Nach einigen Wortmeldungen im Rahmen der Diskussion stellt Herr Multhaus den Antrag, die beiden Landtagsabgeordneten Herrn Liskow und Herrn Ratjen zu bitten, dem Landtag diese „Sportart“ zu erklären und diese Leute von der „Harmlosigkeit“ dieser „Sportart“ zu überzeugen.

Herr Prof. Joecks stellt fest, dass er diesen Antrag nicht ernst nehmen kann und stellt ihn nicht zur Abstimmung.

Er lässt über folgenden unveränderten Beschlussantrag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Das sportliche Angebot des Ringervereins Greifswald mit der Vereinssparte Mixed Martial Arts (MMA) wird ausdrücklich als Erweiterung des breiten Sportangebots in Greifswald begrüßt. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sieht darin eine Sportart, die sich wesentlich von den gewaltverherrlichenden Inszenierungen unterscheidet, die Gegenstand der Beschlussfassung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern vom 04.11.2008 zur Drucksache 5/2916 gewesen sind. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald steht nicht in Opposition zu dieser Beschlussfassung, teilt vielmehr die Ansicht des Landtages, nimmt jedoch im konkreten Fall des Greifswalder Ringervereins eine differenzierte Betrachtung vor.

**Abstimmungsergebnis:** bei 20 Ja-Stimmen, 18 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 6.9 Abgrenzung bezüglich EDV-Betreuung an Schulen**

- vom Einbringer zurückgezogen

**Zu TOP: 6.10 Ankauf des Philipp-Müller-Stadions**  
B151-07/10

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage für SPD-, CDU-, FDP- und Linksfraktion erfolgt durch Herrn Pegel. Er teilt unter anderem mit, dass die

Anregungen aus den Fachausschüssen aufgenommen sind.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, wenn der Einbringer solche Vorschläge unterbreitet, er selbst vorschlagen muss, wie die Finanzierung erfolgen soll. Herr Liskow erläutert, dass die haushaltsrechtlichen Auswirkungen erst 2011 relevant werden. Also kann die Bürgerschaft im Rahmen der Haushaltsdiskussion über die Finanzierung entscheiden.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage in unveränderter Form abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Die Bürgerschaft befürwortet grundsätzlich einen Ankauf des ehemaligen Lok-/ Empor-Sportstadions in der Wolgaster Straße, des Philipp-Müller-Stadion, von der Deutsche Bahn AG.
2. Das Stadion ist auch künftig als Sportstätte zu erhalten.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, kurzfristig Kaufverhandlungen mit der Deutsche Bahn AG aufzunehmen. Sofern und soweit die Voraussetzung zur Ziffer 2. dieses Beschlusses erfüllt ist und der Kaufpreis unter 60.000,00 Euro liegt, wird der Oberbürgermeister ermächtigt, eine eigene Entscheidung über den Abschluss eines solchen Kaufvertrages abzuschließen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Hauptausschuss kurzfristig eine Deckungsquelle für den Fall eines Ankaufs vorzuschlagen. Dieser kann hierzu dann ebenfalls vorsorglich seine Zustimmung erteilen und den Oberbürgermeister unter den Voraussetzungen nach Ziffer 3. vorsorglich ermächtigen, für den Fall eines Gelingens des Ankaufs die konkrete Entscheidung über den genauen Umfang der Deckungsquelle im Rahmen des vom Hauptausschuss vorsorglich beschlossenen Umfangs in dann bestehender Kenntnis der genauen Kaufvertragsbedingungen zu treffen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 6.11 Verkehrskonzept Campus Beitz-Platz**  
B152-07/10

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Ein Verkehrskonzept für den sogenannten fließenden Verkehr für die Fleischmannstraße, die Bugenhagenstraße und die Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße zu erstellen.
2. ein Verkehrskonzept für die Gestaltung der Zu- und Abfahrt zur neuen Mensa vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 6.12 Standort für das Kultur- und Bürgerhaus in Greifswald**  
B153-07/10

Frau Reuhl zeigt an, dass sie weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilnimmt.

Für die Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen bringt Frau

Dr. Fassbinder die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor. Ziel dieser Beschlussvorlage soll sein, endlich ein geeignetes Objekt zu finden. Am liebsten wäre dem Verein das Objekt in der Stralsunder Straße 11. Frau Dr. Fassbinder bringt zum Ausdruck, dass leider bislang noch keine zielführenden Gespräche der Verwaltung mit dem Verein geführt wurden. Das letzte Gespräch endete im März mit dem Tenor, dass die Stadt leider keine geeignete Immobilie habe. Angesichts der Situation sei das nicht befriedigend. Vielleicht gibt es ein geeignetes Gebäude oder Grundstück im Besitz Anderer, auf die die Stadt positiv einwirken könnte. Der Verein hatte sich mit dem BBL in Verbindung gesetzt, der ein Gebäude vorgeschlagen hatte, das der Verein nicht akzeptieren konnte. Im Rahmen der Einbringung bringt sie kleine redaktionelle Änderungen ein.

Herr Hochheim informiert darüber, dass der Bauausschuss kleine Änderungen hat. In Zeile 2 soll statt „verwirklichen“ „unterstützen“ stehen und der letzte Satz sollte gestrichen werden. In dem Zusammenhang teilt er mit, dass dem Verein das Haus Lange Reihe 1 angeboten wurde, was der Verein nicht angenommen hat. Die Stadtverwaltung sei kein Markler, der beauftragt werden kann, geeignete Objekte für den Verein zu suchen.

Für die CDU-Fraktion teilt Herr Dr. Steffens mit, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmt. Seiner Meinung nach ist der Beratungsgegenstand nicht korrekt ausgedrückt.

Herr Dr. Kasbohm ist ganz anderer Meinung. Er äußert, dass der Verein mit Unterstützung der Verwaltung extrem lange verschaukelt worden sei.

Herr Multhaus gibt noch einige Ergänzungen und meint, dass die Verwaltung es schaffen könnte, dem Verein zu helfen, wenn sie es will. Als Beschlusskontrolle schlägt er den Bildungsausschuss am 13. Oktober vor.

Frau Dr. Fassbinder stellt klar, dass die Einbringer ursprünglich für die Beschlusskontrolle September 2010 vorgesehen hatten.

Auf die Frage von Herrn Mundt, warum das Haus Lange Reihe 1 ausgeschlagen wurde, meint Herr Pegel aufgrund des regelmäßigen Kontakt mit dem Verein zu wissen, dass es von der Größe her ihren Vorstellungen nicht entspricht. Er bittet alle Bürgerschaftsmitglieder, in die Zukunft zu schauen und wünscht sich, dass dem Verein geholfen wird. Der Beschluss ist ein Arbeitsauftrag.

Herr Prof. Joecks lässt über folgenden geänderten Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald spricht sich dafür aus, das Projekt des Kultur- und Bürgerhauses in Greifswald zu verwirklichen. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, mit dem Trägerverein Kultur- und Initiativenhaus Greifswald e.V. umgehend und kontinuierlich Verhandlungen über einen geeigneten Standort für die Umsetzung des Vorhabens durchzuführen. Ziel dabei ist insbesondere, zeitnah den Erwerb eines geeigneten Gebäudes oder Grundstücks für das Projekt zu ermöglichen. Dies schließt den Auftrag an den Oberbürgermeister ein, das im Rahmen seiner Kompetenzen und Kontakte Mögliche zu veranlassen, um den Erwerb einer geeigneten Immobilie durch den Verein auch aus der Hand anderer öffentlicher oder privater Eigentümer zu befördern.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen und einige Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 6.13 Grundlegende Überprüfung des Schulnetzes und Vornahme geeigneter Veränderungen**  
B154-07/10

Für die FDP- und CDU-Fraktion bringt Frau Leddin die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Für die Linksfraktion gibt Frau Heinrich die Stellungnahme ab. Sie regt an, wenn genügend Zahlenmaterial vorliegt, sich eine zeitweilige Arbeitsgruppe mit den Dingen beschäftigt.

Frau Socher schlägt dem Einbringer vor, eine redaktionelle Änderung vorzunehmen. Es sollte das Wort „**Versorgung**“ mit Schul- und Hortplätzen zu unterbreiten, eingefügt werden.

Herr Multhaus beantragt: Beschlusskontrolle Bildungsausschuss 13.10.2010

Mit dieser Ergänzung lässt Prof. Joecks über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, auf der Grundlage der derzeitigen Schulentwicklungsplanung das bestehende Schulnetz grundlegend zu prüfen und geeignete Vorschläge zur Verbesserung der Versorgung mit Schul- und Hortplätzen zu unterbreiten.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 6.14 Maßnahmen gegen unerlaubten Kfz-Verkehr in der Fußgängerzone**  
B155-07/10

Herr Dr. Fassbinder bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Im Rahmen der Diskussion erläutert Herr Dembski, dass für den fließenden Verkehr die Polizei zuständig ist und die Polizei hält, den Lieferverkehr zu kontrollieren, nicht für die primäre Aufgabe der Polizei. Die Politessen kontrollieren nur den ruhenden Verkehr.

Herr Liedtke untermauert die Aussagen von Herrn Dembski, dass genau das auch im Bauausschuss Gegenstand der Diskussion war.

Im Rahmen der Diskussion regt Herr Dr. Kerath folgende Änderung bzw. Ergänzung an:

Statt „zu ergreifen“ im zweiten Satz sollte „**vorzuschlagen**“ stehen und als letzter Satz sollte ergänzt werden: „**Für die vorgeschlagenen Maßnahmen sind gleichzeitig Kostenschätzungen vorzulegen.**“

Als Beschlusskontrolle ist der Bauausschuss im September 2010 aufzunehmen.

Mit diesen Änderungen stellt Herr Prof. Joecks folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, um das bestehende Anlieferungsverbot mit Kfz in der Fußgängerzone zwischen 10.00 und 18.00 Uhr durchzusetzen.

Außerdem sind Maßnahmen vorzuschlagen, um den zunehmenden unerlaubten Kfz-Durchgangsverkehr im Bereich des Marktplatzes und zwischen den die Fußgängerzone querenden Kfz-Straßen sowie in der Knopfstraße zu unterbinden.

Ein entsprechender Maßnahmenkatalog mit Angaben zur effektiven Durchführung ist dem Bauausschuss zur Beschlusskontrolle in der Septembersitzung vorzulegen.

Für die vorgeschlagenen Maßnahmen sind gleichzeitig Kostenschätzungen vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

**Zu TOP: 6.15 Ausweisung der Steinbeckerstraße als Fußgängerzone**

- vom Einbringer zurückgezogen

**Herr Liskow übernimmt um 22:00 Uhr die weitere Sitzungsleitung.**

**Zu TOP: 6.16 Vorübergehende Aussetzung von Sanktionen der ARGE**

B156-07/10

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben für Herrn Kochan Rederecht beantragt. Darüber lässt der Präsident abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 13 Stimmen dafür und 17 Gegenstimmen abgelehnt

Die Einbringung und Begründung erfolgt durch Frau Berger.

Für die Verwaltung erklärt Herr Dembski, dass die Beschlussvorlage sinngemäß auffordert, gegen die Rechtslage zu verstoßen. Die Greifswalder Bürgerschaft kann keine Bundesgesetze ändern. Es gibt auch kein Ermessen. Sollte die Bürgerschaft trotzdem dem vorgelegten Beschlussantrag folgen, wäre das ganz klar ein Verstoß gegen die Bundesgesetzgebung. Die Diskussion der Grünen muss auf Bundesebene geführt werden.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen aus den Reihen der Bürgerschaft lässt der Präsident über die ungeänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Die Verwaltung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird beauftragt, in die Trägerversammlung der ARGE Greifswald die Forderung der Stadt Greifswald einzubringen, bis zu einer Neuregelung des SGB II auf Sanktionen gegen ALG II-Berechtigte zu verzichten.

**Abstimmungsergebnis:** bei 9 Ja-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

**Zu TOP: 6.17 Umschuldung bzw. Prolongation von drei Darlehen mit einer Darlehenssumme in Höhe von insgesamt 8.445.144,46 EUR**

B157-07/10

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Umschuldung bzw. Prolongation von folgenden Darlehen vorzunehmen:

1. Darlehen bei der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank mit Restkapital in Höhe von 3.642.751,59 EUR, Ende der Zinsbindung: 15.05.2010
2. Darlehen bei der Nord / LB mit Restkapital in Höhe von 2.450.983,20 EUR Ende der Zinsbindung: 30.09.2010
3. Darlehen bei der HSH Nordbank AG mit Restkapital in Höhe von 2.351.409,67 Ende der Zinsbindung: 12.12.2010

Die Umschuldung ist, auch zusammengefasst, im möglichen Umfang auf zinsbegünstigte Darlehen des Kommunalen Aufbaufonds vorzunehmen. Soweit diese Möglichkeit nicht besteht, ist zu möglichst günstigen Konditionen auf dem freien Kreditmarkt umzuschulden.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

**Zu TOP: 6.18 Gleichstellungsplan für Frauen und Männer, die in der Stadtverwaltung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschäftigt sind**

Frau Reuhl stellt fest, dass im Punkt 2.2. der Informationsvorlage bezüglich der Gleichberechtigung der Sprache nicht genüge getan wird.

Im Rahmen seiner Anmerkungen regt Herr Duschek an, dass die Verwaltung zum Frauenförderungsplan zurückkehren sollte, dem eine aktuelle Statistik beigefügt werden sollte.

Herr Duschek schlägt vor, dass das Präsidium prüfen möge, inwieweit die Gleichstellungsproblematik als politische Kernaufgabe des Sozialausschusses in den § 6 der Hauptsatzung aufgenommen werden kann.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt den Gleichstellungsplan für Frauen und Männer, die in der Stadtverwaltung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschäftigt sind, zur Kenntnis.

**Zu TOP: 7 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

- Die Liste der Hauptausschussbeschlüsse und die wichtigen Termine und Ereignisse werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.
- An der Fortschreibung des Leitbildes hat die Prognos AG intensiv gearbeitet. Die Ergebnisse werden am 14.06.2010 dem Hauptausschuss vorgestellt. Die öffentliche Präsentation wird im Herbst 2010 erfolgen.
- Am 10.05.2010 gab es die Anhörung vor dem Innenausschuss zur Kreisgebietsreform (Kreissitzfestlegung und Name des Kreises).
- Der Oberbürgermeister informiert über die Beratung am 18. Mai zum Technischen Rathaus um 16:00 Uhr.

Herr Multhaus vermisst die Information zur Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses hinsichtlich Greifenbrunnen. Er hat es schriftlich, ist aber der Meinung, dass es der Bürgerschaft vorgetragen werden sollte. Auch die

Information zur Unterstützung der Bewerbung der Stadt Szczecin/Stettin als Europäische Kulturhauptstadt sollte öffentlich erfolgen.

## **Zu TOP: 8      Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft**

Frau Reuhl:

- zur Pressemitteilung zum Ausländerbeauftragten  
Was ist der Grund der kommissarischen Übertragung?

Herr Dembski:

Der Ausländerbeauftragte ist eine Person, auch wenn die Aufgaben dem PSZ übertragen wurden. Als Herr Holger Kummerow verabschiedet wurde, war es die Person und nicht das PSZ. Die Hauptsatzung sieht natürlich vor, dass die Aufgaben durch eine Person ausgeführt werden.

Inzwischen hat der Herr Obuba die Funktion als Vereinsvorsitzender wahrgenommen. Nach einigen Monaten, als es dann Auseinandersetzungen und Differenzen gab, hat er das Amt niedergelegt.

Da das Psychosoziale Zentrum auf mehrere Schreiben des Dezernenten nicht reagiert hat, hat der Senator mit dem Arbeitskreis Migration gesprochen, der sehr an einer weiteren Zusammenarbeit mit der Stadt interessiert ist. Man hat sich geeinigt, dass die Arbeit kommissarisch als Stadt weitergeführt werden soll.

Herr Dembski hat den Hauptausschuss über die Situation informiert. Dort gab es keinen Widerspruch. Deshalb hat der Senator Frau Darms kommissarisch als Ansprechpartnerin eingesetzt.

Herr Spring:

Wer ist zur Sitzung zum Technischen Rathaus am 18.05.2010 eingeladen?

Herr Dr. König, Oberbürgermeister:

Auf der gemeinsamen Sitzung des Finanz- und Bauausschusses am 10.05.2010 gab es den Wunsch, noch einmal die alte Arbeitsgruppe aufleben zu lassen. Das ist ein Angebot. Wenn es die Fraktionen so wollen, ist es eine einmalige Sache.

Herr Kruse:

- zum Fischerfest 2010

Ist trotz der Verzögerung des Baubeginns am Sperrwerk definitiv auszuschließen, dass die Fläche am Deich zum Fischerfest genutzt werden kann? Oder kann die Fläche noch mal genutzt werden?

Herr Kruse könnte auch mit einer schriftlichen Antwort leben.

Herr Dembski:

Die Flächen stehen definitiv nicht zur Verfügung und deshalb werden auch die Ausweichflächen gebraucht. Die NDR-Bühne auf dem alten Platz ist nicht möglich.

Die Bühne ist nicht nach dem Majuwi ausgerichtet, sondern nach Ludwigsburg raus.

Herr Liedtke:

Herr Liedtke weist darauf hin, dass die Arbeitsgruppe „AGAP“ aufgrund der heutigen Entscheidung nicht, wie angesagt, am 20.05.2010 stattfindet.

Herr Schmidt:

- zum Beirat der ABS

Gibt es dazu schon Gespräche? Wie ist der Sachstand?

Frau Teetz:

Die Gesellschafterversammlung der ABS hat auf ihrer letzten Sitzung Ende April darüber verständigt. Der Beschluss der Bürgerschaft wurde an die anderen Gesellschafter verteilt. Die anderen Gesellschafter wollen noch einmal das Gespräch mit den Fraktionen der Bürgerschaft suchen.

Herr Dr. Bartels:

Der Vorsitzende der Linksfraktion regt an, dass der Präsident die Fraktionen auffordert, zur nächsten Bürgerschaftssitzung die Stellvertreter für die Vertreter der zeitweiligen Ausschüsse zu benennen, um sie arbeitsfähig zu halten. Außerdem regt er an, dass der Präsident kurzfristig zur Konstituierung der zeitweiligen Ausschüsse einlädt.

Herr Duschek:

Mit welchem Ziel sollen sich die Gesellschafter an die Fraktionen bezüglich des Beirates der ABS wenden?

Frau Teetz:

Dort soll der Sinn des Beirates geklärt werden.

**Zu TOP: 9      Mitteilungen des Präsidenten**

Am 28. Mai 2010, 16:00 Uhr findet die Veranstaltung anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Bürgerschaft im „Golden Goal“ statt. Viele der jetzigen Bürgerschaftsmitglieder haben sich noch nicht gemeldet.

**Zu TOP: 10      Bestätigung der Niederschrift vom 12.04.2010**

Herr Multhaus hat schriftlich um Ergänzung der Niederschrift gebeten. Diese wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Abstimmungsergebnis:**      mehrheitlich bei 4 Stimmenthaltungen  
bestätigt

**Zu TOP: 11      Schluss der Sitzung      22:45 Uhr**

für das Protokoll

Egbert Liskow  
Präsident

Schult  
Sachbearbeiterin

**Anlagen:**

- Liste der Hauptausschussbeschlüsse
- Termine/wichtige Ereignisse
- Ergänzung der Niederschrift